



RSB Rhein-Neckar

Der Wahnsinn hat Methode

Entenhausen oder der gemeine Kapitalismus

Wer kennt Dagobert Duck nicht? Die stinkreiche Figur aus dem Comic, die sprichwörtlich im Geld badet? Mittlerweile hat die Realität die Karikatur von Entenhausen weit überholt.

Es ist kein Geheimnis. Die soziale Kluft ist weltweit und gerade auch in Deutschland riesig. Dennoch ist der Prozess der Umverteilung von unten nach oben keineswegs gestoppt. Im Gegenteil – die Herrschenden und ihre PolitikerInnen beschleunigen ihn skrupellos weiter.

Wer sind die Herrschenden? Nach den zur Verfügung stehenden Informationen kontrollieren 147 transnationale Konzerne die Weltwirtschaft. Rund 1.400 Milliarden sind die eigentlichen Beherrscher dieser Wirtschaftsmacht.

In der *Frankfurter Rundschau* war am 20. September 2014 zu lesen: „Noch nie hatte die globale Kriminalität eine so gute Konjunktur.“ Den Angaben zufolge betrug 2013 der Weltmarkt für „Finanzderivate“ 720 Billionen US-Dollar, das Weltsozialprodukt hingegen „nur“ 62 Billionen und das Welthandelsvolumen 15 Billionen US-Dollar. In rund 65 Steueroasen wurden alleine 6 Billionen des insgesamt 75 Billionen US-Dollar umfassenden privaten Geldvermögens gehalten.

In Deutschland verfügen laut DIW ganze 0,1 Prozent der Bevölkerung über 22,5 % des Reichtums und haben das Sagen. Das größte Vermögen und die Macht sind also bei wenigen Familien konzentriert. Das private Nettovermögen hat sich von 1992 bis 2012 mehr als verdoppelt. Davon besitzt das reichste 1 Prozent hierzulande 35,8 %, und die wohlhabendsten 10 Prozent verfügen über 66,6 % des Reichtums dieser Gesellschaft. Der unteren Hälfte der Gesellschaft gehört davon gerade einmal 1 – in Worten: ein – Prozent!

Die Logik der Profitmaximierung führt zu perversen Folgen. Beispielsweise würde das Essen, das allein in Europa weggeworfen wird, ausreichen, um alle Hungernden der Erde zweimal zu sättigen.

Das alles ist kein Naturereignis, und schon gar nicht ist diese Entwick-

lung alternativlos. Sie ist eine Folge des Kapitalismus im allgemeinen und seiner neoliberalen Ausprägung seit 1973 im besonderen.

Die Krise des Jahres 2007 hat nicht nur die Bankenwelt und die EU an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Millionen, vor allem junge Menschen haben dadurch schon jetzt ihre Arbeit, ihr Einkommen, ihre Wohnung und ihre Perspektiven verloren. Viele Staaten, Regionen und Kommunen sind finanziell am Ende. Dennoch oder gerade deswegen können die Superreichen und die Reichen immer mehr absahnen.

Politik, Wirtschaft und Medien gaukeln uns vor, dass die Lösung der Probleme angegangen werden würde. Mittels des Dreiklangs aus „EU-Agenda 2020“, „Fiskalpakt“ und „Europäischem Stabilitätsmechanismus“ ESM wird unter dem Vorwand der „Staatsschuldenkrise“ ein gnadenloses Programm zur Sanierung und Steigerung der Gewinne der Banken und Konzerne durchgesetzt. Die Folgen sind noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Armut, noch mehr Überwachung und noch mehr Entrechtung der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Wir können entweder diese bedrohlichen Entwicklungen ignorieren. Oder aber wir leisten einen Beitrag zur Aufklärung und helfen, Alternativen zu entwickeln!

In der Europäischen Union (EU) stehen 10 Billionen Euro öffentlicher Schulden einem privaten Geldvermögen von 27 Billionen Geldvermögen gegenüber – also dem 2,7-fachen der Staatsschulden. Es ist also genug Geld für die Finanzierung unserer grundlegenden gesellschaftlichen Bedürfnisse da.

Es muss nur dort geholt werden, wo es ist: bei den Reichen und Superreichen, bei den Konzernen und Banken. ■

Liebe Leserinnen und Leser,

in der zweiten Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur *Avanti* berichten wir erneut über betriebliche und gewerkschaftliche Aktivitäten aus erster Hand.

Das für uns sehr wichtige Thema Frauenbefreiung greifen wir dieses Mal wie versprochen auf.

Wir haben einige ermutigende Rückmeldungen auf die erste Ausgabe dieser Beilage erhalten. Das freut uns. Wir hoffen, dass wir auch mit dieser Ausgabe auf Euer Interesse stoßen und unsere gemeinsame örtliche Arbeit weiter stärken können.

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	BETRIEB
01 Wahnsinn: Der hat Methode	05 Alstom: Beginn der Zerschlagung
SOLIDARITÄT	FRAUEN
02 BR-Mobbing 1: Erfolg für Torsten Wacker	06 Kurzmeldungen: nicht nur aus Deutschland
03 BR-Mobbing 2: Der Fall InterClean	07 Frauentreffen: Ein Bericht
BETRIEB	AUS DEM RSB
05 Freudenberg: Ausbildung ohne Zukunft?	08 Gesundheit: Mehr wert als ihre Profite?

Volksbank Kraichgau kein Einzelfall

Kündigungsversuch gegen Torsten Wacker

Der Ausgangspunkt des Konfliktes der Volksbank Kraichgau mit dem Betriebsratsvorsitzenden Torsten Wacker ist ein Streit um Tarifflicht.

C.B.

Ein Betriebsrat muss laut Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) unter anderem darüber wachen, wie ein Unternehmen bei der Einstellung von Personal die Bezahlung regelt. Konkret heißt das, ob der anzuwendende Tarifvertrag der entsprechenden Branche von einer Firma angewendet wird. Ist dies nicht der Fall, kann der Betriebsrat nach § 99 BetrVG die Einstellung bzw. die Eingruppierung ablehnen.

Das Unternehmen hat dann die Möglichkeit zu entscheiden, ob es einen geltenden Tarif anwenden will und dies beim erneuten Einreichen der Personalie dem Betriebsrat mitteilt. Oder aber es klagt gegen die Entscheidung des BR und lässt seine Zustimmung per Gericht „ersetzen“.

Der Betriebsrat der Volksbank Kraichgau um Torsten Wacker hatte die Zustimmung bei Personalien aus diesem Grund verweigert, die Volksbank Kraichgau hat sich für den zweiten Weg entschieden – in mehreren Fällen. Vor dem Arbeitsgericht konnte der BR erfolgreich die Anwendung des ver.di-Tarifvertrags im Bereich Finanzdienstleistungen erreichen, bis eine andere Einigung mit dem BR erzielt oder ein Haustarif abgeschlossen wird.

Angriffe

Das Verhalten des BR ist im Interesse der KollegInnen, weil sie bei Dumpinglohn-Tarifverträgen die Leidtragenden sind und auch die Sozialkassen durch zu niedrige Löhne geschädigt werden.

Die Volksbank attackierte die Interessenvertretung der Beschäftigten – den Betriebsrat –, weil er sich für bessere Tarife eingesetzt hat und diesen „Weg“ der Gewinnmaximierung blockierte.

Zeitnah zu der Entscheidung, dass der ver.di-Tarifvertrag bei der Volksbank Kraichgau angewendet werden müsse, flatterte beim Betriebsrat der Antrag auf Zustimmung zur Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Torsten Wacker herein. So wurde versucht, den „unliebsamen Vorsitzenden“ unter Druck zu setzen und die Einheit des Gremiums zu zerrütten. Dieses Vorgehen verbreitet Angst.

Ein Betriebsratsmitglied kann nur in „besonderen Fällen“ gekündigt werden. Kollege Wacker als Betriebsrat los zu werden ist deshalb so einfach nicht möglich. Daher griff die Geschäftslei-

tung und ihre Rechtsvertretung zu „kreativen“ Mitteln. Sie kündigte Torsten nach § 103 BetrVG mit dem Vorwurf des Betrugs, also mit „schwerwiegendem Grund“.

Was hatte Torsten Wacker als Wertpapierberater dem Management zufolge also getan? Er habe „betrogen“ und sich „Geld erschlichen“. Angeblich hätte er seine Beraternummer bei der „technischen Beratung“ von Kunden eingetragen, ohne sie beraten zu haben.

Es ist bei der Volksbank nicht unüblich gewesen, die Beraternummer einzutragen. Die Geschäftsführung verfügt über ein Online-Kontrollsystem der technischen Beratung, bei dem täglich Überprüfungen stattfinden. Trotzdem hat sie 1,5 Jahre lang keine „schlimme Verfehlung“ bei Torsten erkannt. Jedoch just als das Arbeitsgericht eine Entscheidung für den ver.di-Tarif trifft, wird diese „Erkenntnis“ zum „Betrug“ stilisiert.

Methode

Wacker wird nicht – wie einige andere MitarbeiterInnen – zum Gespräch gebeten, damit die Vorwürfe aufgeklärt werden können. Vielmehr „ermittelt“ die Volksbank Kraichgau gegen ihn intern. Sie sammelt weitere Fälle, wartet ab, ob „es wieder passiert“. Es passiert. Sie spricht den seit 33 Jahren bei der Volksbank Beschäftigten immer noch nicht darauf an. Stattdessen stellt sie nun alle BeraterInnen unter Generalverdacht, da zu prüfen sei, ob hier eine generelle Problematik bestehe. Sie sammelt weiter „Beweise“, vor allem gegen Torsten Wacker und beantragt dann erst nach mehreren Wochen die Zustimmung des Betriebsrats zu dessen Kündigung.

Prozess

Dass das BR-Gremium die Kündigung seines Vorsitzenden ablehnte, weil es üblich war, die Beraternummer einzutragen, ignorierte die Geschäftsführung. Nicht ignorieren konnte sie allerdings die von ver.di Rhein-Neckar initiierte breite Solidaritätsbewegung mit Torsten Wacker, die Öffentlichkeit herstellte durch Infostände, Postkartenaktionen, Veranstaltungen und den gemeinsamen Besuch des Kammertermins am 4. September 2014. Mit dabei waren immer KollegInnen, GewerkschafterInnen und AktivistInnen des Mannheimer Komitees „Solidarität gegen

BR-Mobbing“.

Warum wurde nicht mit dem Betroffenen gesprochen? Hier äußerte der Volksbank-Geschäftsführer Böhler beim Gerichtstermin sinngemäß, der Mitarbeiter hätte bei einem Fehler auf das Management zugehen müssen. Außerdem sei Torsten Wacker in dem Kündigungsgespräch zu keiner Aussage gegenüber der Geschäftsleitung bereit gewesen. Eine Anweisung der Bank, dass sie die Beraternummer eingetragen haben wolle, gäbe es nicht. Diese Vorschrift wird interessanterweise erst schriftlich fixiert, als das Verfahren gegen den BR-Vorsitzenden schon läuft. Wen wundert es, dass Torsten Wacker gegenüber dem Management erst einmal schweigt?

Die Kammer des Arbeitsgericht Heidelberg hatte mehrfach im Prozess kritisiert, dass seitens der Geschäftsführung mit Torsten nicht gesprochen, sondern stattdessen weiter „Beweise“ gesammelt wurden. Bei der Kündigung eines Betriebsrates aber müsse „unverzüglich“ innerhalb 2 Wochen gehandelt werden. Es sei zudem unzulässig, alle Beschäftigten unter Generalverdacht zu stellen.

Erfolg

Das Arbeitsgericht Heidelberg verkündete das Urteil mehr als zwei Wo-

chen später, am 29. September 2014. Solange mussten Torsten Wacker und der Betriebsrat warten. Solange konnte die enorme psychische Belastung durch BR-Mobbing weiter auf Torsten und seine KollegInnen wirken. Immerhin: Die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden wurde vom Gericht abgelehnt. Das ist ein weiterer Erfolg, nicht nur für Torsten, sondern für den gesamten BR und die Belegschaft.

Doch was ist der Skandal bei der Volksbank Kraichgau? Torsten Wacker ist kein Einzelfall. Es scheint ein System dahinter zu stecken. Immer mehr Betriebsräte werden bedroht und mit der Methode Naujoks angegriffen. Immer öfter brauchen Betriebs- und Personalräte unsere Solidarität. Es müssen die politischen Hintergründe aufgedeckt und die Zusammenhänge öffentlich gemacht werden.

Nur das hartnäckige Thematisieren dieser Problematik und das Vernetzen gegen die Strategie der Mobber hilft uns weiter. Auch deshalb lädt das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“ am 11. Oktober 2014 zur Konferenz „Betriebsräte im Visier – Mobbing, Bossing und Co. Was tun?“ ins Mannheimer Gewerkschaftshaus ein. ■

Anmeldung unter solidaritaet@gegen-br-mobbing.de.
Gemeinsam sind wir stark!

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Was tun?

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen, Albrecht Kieser (work-watch), Elmar Wigand (arbeitsunrecht) und vielen anderen. Musik: Blandine Bonjour & Bernd Köhler

Samstag, 11. Oktober '14

13.00 - 19.00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim

Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Mit freundlicher Unterstützung von IG Metall Mannheim und ver.di Rhein-Neckar

VSGP: Hans-Ingo Marschner, 68309 MA

Interclean Gebäudereinigung und Gebäudedienste GmbH

KollegInnen wehren sich gegen Mobbing und Lohndumping

Interclean lässt sich als weiteres Beispiel einfügen in die Liste der Betriebsrats-Mobber. Wer sich mit dem Fall beschäftigt, erhält den Eindruck, dass Geschäftsführer Helmuth Barkowski für sich das Recht beansprucht, das Unternehmen nach seinen eigenen Gesetzen zu regieren. Doch nicht alle KollegInnen nehmen dies widerspruchslos hin.

P.S.

Die Interclean Gebäudereinigung und Gebäudedienste GmbH, ein Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten, hat ihren Sitz in Gladbeck. Hauptauftraggeber von Interclean ist das Einkaufszentrum Centro in Oberhausen. Der Bruder des Geschäftsführers, Michael Barkowski, ist dort für den Bereich Reinigung zuständig.

Im Jahr 2012 gründete sich bei Interclean ein Betriebsrat. Seine Mitglieder wurden zur Zielscheibe eines ausgefeilten Systems von Schikanen.

Dem BR wurde als „Betriebsratsbüro“ ein unbeheizter Container zur Verfügung gestellt, der auch nicht die für die Betriebsratsarbeit benötigte Ausstattung besaß. Der BR musste immer wieder um geeignete Arbeitsbedingungen und um die benötigten Arbeitsmittel kämpfen.

Dem Vorsitzenden des Betriebsrats wurde noch 2012 wegen angeblichen Arbeitszeitbetrugs gekündigt. Er klagte erfolgreich auf die Rücknahme der Kündigung, beendete dann aber unter anderem aufgrund verschlechterter Arbeitsbedingungen das Arbeitsverhältnis selbst.

Es folgten weitere Kündigungen, darunter die Eigenkündigungen von Walter und Simone Reißner, zwei weiteren Mitgliedern des Betriebsrats, die als Reinigungskraft bzw. als so genannte Sitzerin¹ in der Toilettenanlage des Centro beschäftigt waren. Beide reichten im Anschluss Klage gegen Interclean auf Herausgabe eines Teils der Trinkgelder ein. Das Unternehmen hatte das von den KundInnen hinterlassene Trinkgeld komplett einbehalten.²

Inzwischen war Desdemona Eberlein als Betriebsratsvorsitzende nachgerückt. Der Betriebsrat war zu der Zeit von sieben Mitgliedern auf drei geschrumpft – unter ihnen der einzige Kandidat der Geschäftsleitung.

Von da an erhielten die KlägerIn-

nen und die Betriebsratsvorsitzende Tag und Nacht Anrufe sowie Emails mit Beleidigungen, Drohungen und Erpressungen. Der Terror machte auch vor Familienangehörigen nicht Halt und beeinträchtigte das Leben der Betroffenen nachhaltig.

Mit einer Presseerklärung gab Interclean im September 2013 die Auflösung des Betriebsrats bekannt, der von ihr als korrupt und für die Belegschaft und das Unternehmen als schädlich bezeichnet wurde. Mit der angeblichen Zustimmung vieler der Angestellten wurde von der Geschäftsleitung stattdessen ein „Belegschaftsrat“ eingesetzt, unter der Leitung des BR-Kandidaten der Geschäftsleitung.

Bei den BR-Wahlen in diesem Jahr kandidierte Desdemona Eberlein, aller Schikanen zum Trotz, erneut für den Betriebsrat und wurde auch gewählt – als einzige engagierte Gewerkschafterin. Das Betriebsrats-Mobbing hat offenbar sein Ziel erreicht und einen unternehmer-

freundlichen „Betriebsrat“ durchgesetzt.

Doch hiermit gab sich Geschäftsführer Helmuth Barkowski noch nicht zufrieden. Als Desdemona Eberlein Druckerpatronen für die Betriebsratsarbeit bestellte und die Rechnung bei Interclean einreichte, konstruierte die Geschäftsleitung daraus einen Betrugsversuch und sprach die fristlose Kündigung aus. Um den „Betrug“ zu „beweisen“, hatte Interclean zuvor die Kollegin sowie die Firma, bei der sie die Druckerpatronen gekauft hatte, durch die Sicherheitsfirma des Centro ausspionieren lassen.

Telefonterror und Schikanen gingen weiter. Und es passierten nervenaufreibende Dinge: Zum Beispiel bestellte jemand auf den Namen Eberlein Kataloge für die Firma Interclean. Unter Missbrauch ihrer Telefonnummer erhielten Dritte unerbetene Werbeanrufe für Dienstleistungen von Interclean. Als jemand unter ihrem Namen einen Nachsen-

deantrag stellte, der ihre gesamte Post an Interclean umleitete, erstattete sie Anzeige.

„Rechtsanwälte“ wie Naujoks, der auf seiner Website damit wirbt, „zu den wenigen Anwälten im deutschen Arbeitsrecht [zu zählen], die konsequent und ausschließlich Arbeitgeberinteressen vertreten“, oder die Kanzlei Schreiner & Partner, die ebenfalls gewerkschaftsfeindliche Seminare für „Arbeitgeber“ abhält, liefern Anleitungen für das Betriebsrats-Bashing.

Im Fall von Interclean heißt die Kanzlei Löbbecke, Gövert, Büse und Partner. Der direkt involvierte Anwalt, der Interclean rechtlich vertritt, ist Martin Löbbecke, verwandtschaftlich verbunden mit Interclean-Geschäftsführer Michael Barkowski.

Aber es gibt in Sachen Interclean nicht nur Negatives zu berichten. Hier ist insbesondere das positive Ergebnis des Prozesses um das so genannte Tellergeld zu nennen, den Simone und Walter Reißner ange-



Solidaritätsaktion vor dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen am 25.09.2014

Foto: Avanti²



strengt hatten.¹ Es ist zu wünschen, dass sich viele ermutigt fühlen und dem Beispiel von Simone und Walter Reißner folgen.

Ebenso ist zu wünschen, dass sie sich in der Gewerkschaft organisieren und sich in ihrem Betrieb für ihre Rechte einsetzen. Für Beschäftigte privater Reinigungsunternehmen ist die IG BAU die zuständige Gewerkschaft, die auch die Gründung des Betriebsrats bei InterClean unterstützt und deren Mitglieder bei den Auseinandersetzungen mit dem Unternehmen zum Teil begleitet hat. Dass sich Viele gewerkschaftlich organisieren und eine aktive Basis bilden, ist letztlich die Grundvoraussetzung für starke und durchsetzungsfähige Interessenvertretungen der Lohnabhängigen. Und die wiederum sind zwingend notwendig für grundlegenden gesellschaftliche Veränderungen.

Organisierung und der kollektive und solidarische Kampf für die gemeinsamen Interessen sind die einzige Möglichkeit, um den zunehmenden Angriffen der so genannten Arbeitgeber auf einzelne GewerkschafterInnen etwas entgegenzusetzen zu können. Es macht auch anderen Mut, wenn engagierte KollegInnen sich nicht unterkriegen lassen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn diese KollegInnen auch ihrerseits nicht alleine stehen, sondern eine unterstützende Gemeinschaft im Rücken haben.

Desdemona Eberlein ist eine derjenigen, die standhalten, und sie braucht die Unterstützung von ihrer Gewerkschaft und von möglichst vielen Aktiven, um weiterhin den Kopf oben behalten zu können. Fortgesetztes Mobbing macht auf die Dauer auch starke Persönlichkeiten krank. Es ist wichtig, diesen zerstörerischen Kräften eine deutlich vernehmbare Gegenbotschaft entgegenzusetzen.

Heute ist es wichtig, einerseits der KollegIn den Rücken zu stärken, denn für sie ist die Geschichte noch nicht zu Ende. Ihre fristlose Kündigung wurde von InterClean Ende Juli zurückgenommen. Dann wurde ihr wieder gekündigt. Am 10. Sep-

tember hat das Arbeitsgericht Gelsenkirchen festgestellt, dass ihr Arbeitsverhältnis weiter besteht. Wie es weiter geht, ist unklar. Das Verfahren gegen sie wegen des angeblichen Betrugs wurde aufgrund mangelnden öffentlichen Interesses eingestellt, aber das von ihr zu Beginn des Jahres ausgelegte Geld für die angeblich nicht existierenden Druckerpatronen hat sie bis heute von InterClean nicht bekommen. Die am 25. September vor dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen verhandelte diesbezügliche Klage des alten Betriebsrats wurde vom Gericht vertagt, da InterClean-Anwalt Löffbecke die Gültigkeit des Betriebsratsbeschlusses zur Klageerhebung in Zweifel zog.

Beim Gerichtstermin am 10. September waren etwa 15 BesucherInnen da, die regionale Presse und das Regionalfernsehen. Beim Gerichtstermin am 25. September war, aufgrund der ebenfalls auf diesem Tag terminierten Verhandlung zum „Tellergehalt“, mit etwa 30 BesucherInnen der Saal voll. Es waren auch mehr MedienvertreterInnen anwesend. Dem Geschäftsführer von InterClean sowie seinem Rechtsbeistand hat dieser Umstand offenkundig nicht gefallen. Sie mögen Öffentlichkeit für ihre Machenschaften nicht.

Um so wichtiger, dass Gewerk-

schafterInnen Öffentlichkeit schaffen und aktiv werden!

Unternehmer, die auf eine Weise vorgehen wie InterClean, und die in der bloßen Existenz eines Betriebsrates offenbar schon eine Provokation sehen, sollen mit ihren Methoden nicht durchkommen – ebenso wenig wie ihre Unterstützer.

Liebe Mona, lass' Dich nicht unterkriegen! Es gibt viel zu wenige Menschen, die den Mut und die Kraft aufbringen, aufrecht zu gehen und sich gegen „ihre“ Geschäftsleitung zu wehren. Wir nehmen es nicht hin, dass Du als Einzelne mit übelsten Mobbing-Methoden fertig gemacht werden sollst!

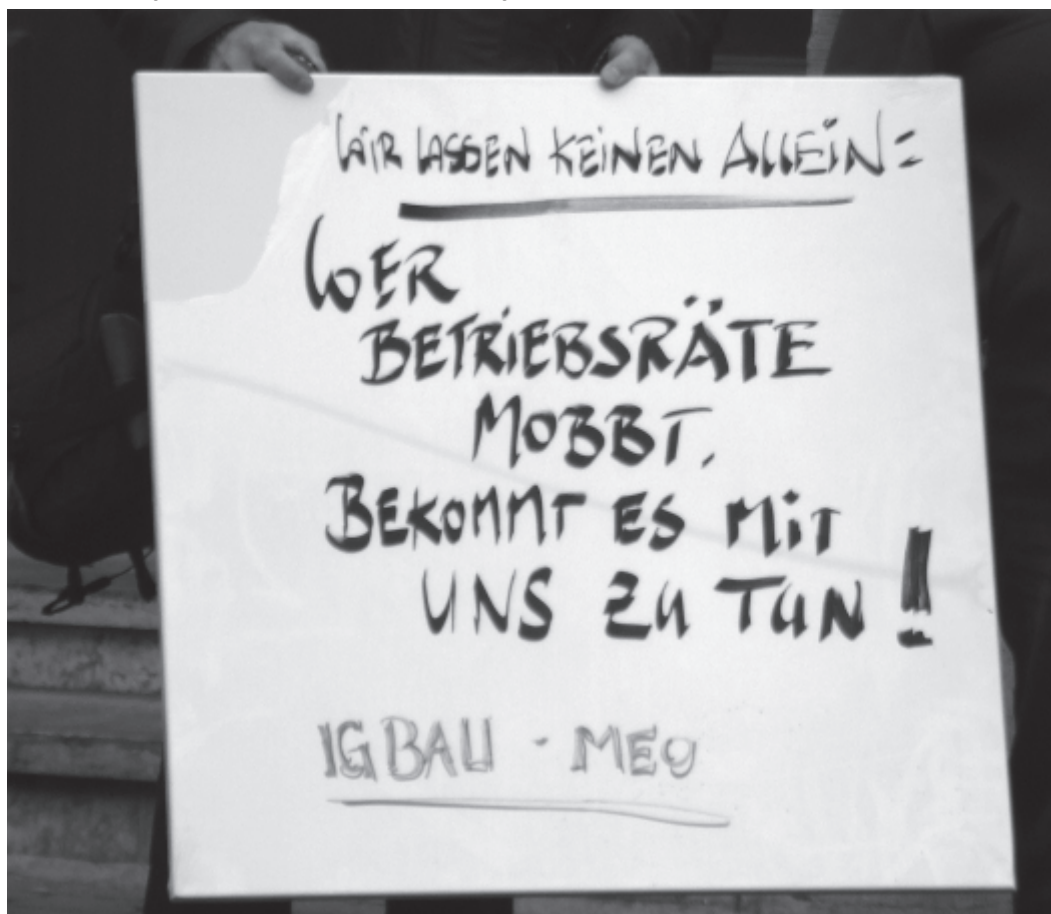
**Solidarität mit Desdemona Eberlein!
Schluss mit dem Betriebsrats-Mobbing!**

Rote Karte für Unionbusting-Anwälte!

1 Das Berufsbild der „SitzerInnen“ wurde eigens zum Zweck des Lohndumpings geschaffen, u. a., um den Mindestlohn der Reinigungskräfte zu umgehen. „SitzerInnen“ sollen die von den ToilettennutzerInnen hinterlassenen Trinkgelder bewachen und

dann an den Unternehmer aushändigen.

2 Über die Praxis des Lohndumpings von InterClean und die erfolgreiche Klage von Simone und Walter Reißner gegen das Einbehalten der Trinkgelder im Centro in Oberhausen berichten wir in der nächsten Ausgabe.



Solidaritätsaktion vor dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen am 25.09.2014

Foto: Avanti²

Freudenberg Weinheim: Kahlschlag bei der Ausbildung in 2015

Freudenberg Sealing-Technologies (FST) reduziert für das Jahr 2015 radikal die Zahl der neuen Auszubildenden. Betriebsrat, Konzernbetriebsrat und die zuständige IG BCE befürchten massive Auswirkungen für den Standort Weinheim.

K.W.

In einer Presseerklärung vom 18.09.2014 kritisiert der Konzernbetriebsrat Freudenberg im Stammwerk Weinheim (ca. 5.000 Beschäftigte, davon ca. 1.700 im größten Teilbetrieb Sealing-Technologies – Dichtungen/Simmerringe) die Absicht der FST-Geschäftsleitung, statt 24 Azubis wie z. B. noch im Jahr 2012 einzustellen, für das Jahr 2015 nur noch drei Ausbildungsplätze anzubieten. Begründet wird dieser Schritt mit dem Argument, man habe in der Vergangenheit über Bedarf ausgebildet. Nun müsse dieser „Überhang“ abgebaut werden.

Schon seit Jahren wird die Anzahl der Auszubildenden bei Freudenberg am Standort in Weinheim massiv nach unten gefahren. Noch vor 10 Jahren wurden rund 100 Auszubildende eingestellt. Diese Anzahl hat

sich bis heute bereits halbiert – 2014 waren es nur noch 49 Auszubildende. In 2015 werden, sollte die derzeitige Planung umgesetzt werden, nur noch etwa 35 Azubis ihre Ausbildung bei Freudenberg beginnen. Zusammen mit den externen Firmen, für die Freudenberg im Verbund ausbildet, wären es im Jahr 2015 nur noch etwa 70 Azubis (in 2014 waren es noch 110).

Die massive Reduzierung der Ausbildung beim größten Betrieb in Weinheim wird, aufgrund fehlender Auslastung, die gesamte Infrastruktur der Ausbildung in Weinheim in Frage stellen. Die Infrastruktur (z. B. das Ausbildungszentrum) wird im Umlageverfahren finanziert, an dem sich alle Freudenbergbetriebe in Weinheim entsprechend ihres Anteils an der Ausbildung beteiligen. Wenn die finanzielle Beteiligung von FST für das Jahr 2015 reduziert wird, dann

wird dies zwangsläufig negative Auswirkungen haben. Die bestehenden Fixkosten der Ausbildung müssen dann die verbleibenden kleineren Betriebseinheiten tragen, die dadurch möglicherweise überfordert sind und im nächsten Schritt ihre eigene Ausbildung überdenken werden. Hieraus droht nicht nur der Zusammenbruch der Ausbildung bei Freudenberg, sondern auch der Verlust der Arbeitsplätze der Ausbilder. Offensichtlich ist das von der Konzernleitung Freudenberg so gewollt!

Viele Beschäftigte sehen in der Reduzierung der Ausbildung ein weiteres Indiz für die Gefährdung des Freudenberg-Produktions-Standorts in Weinheim insgesamt. „Das ist die Strategie der Konzernleitung, um scheinungsweise die Produktion in Weinheim zu reduzieren, bzw. zu verlagern!“ – „Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis es hier keine Produktion mehr gibt.“ –

„Mit der Reduzierung der Ausbildung wird dies nur noch beschleunigt!“. Diese Befürchtungen werden von immer mehr Beschäftigten geäußert und sind mehr als berechtigt.

Was anderes bedeutet eine Konzernstrategie, die nicht auf die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses setzt? Ein Betrieb, der keine Zukunftsperspektiven anbietet, braucht sich nicht zu wundern, wenn zukünftig überhaupt die Fachkräfte wegbleiben. Die weitere Reduzierung der Ausbildung führt in eine Abwärtsspirale, die ihre eigene negative Dynamik entfalten wird. Dies wird massive Auswirkungen für Weinheim und die gesamte Region haben. Die Ausbildung bei Freudenberg darf nicht zerschlagen werden. Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen mehr statt weniger Azubis ausgebildet werden! ■

Alstom: Beginn der Zerschlagung

Bereits vor der Übernahme durch den Konkurrenten General Electric (GE) hat die Zerschlagung von Alstom begonnen.

H.N.

Der Verkauf des Alstom-Bereichs für Kraftwerkskomponenten (APER) an den Finanz-Investor Triton hat auch Folgen für den Standort in Mannheim. Der Bereich Luftvorwärmer mit rund 130 Beschäftigten soll nach einem mehrjährigen Zwischenaufenthalt in Käfertal nach Heidelberg verlagert werden. Der Bereich Kesselfertigung, der vor drei Jahren als Kompensation für die Schließung des Generatorenbaus im Werk angesiedelt worden ist, wird geschlossen. Das bedeutet die Vernichtung von rund 30 Produktionsarbeitsplätzen. Ein entsprechender Interessenausgleich und Sozialplan ist zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat ausgehandelt worden. Protestaktionen der Belegschaft waren in diesem Zusammenhang nicht zu ver-

zeichnen.

Ende Juni 2014 vereinbarten Alstom und GE die Übernahme des konventionellen Alstom-Kraftwerks-geschäfts durch den US-Konzern für rund 12,3 Milliarden Euro. Danach haben die Unternehmensführungen mit der Vorbereitung der „Integration“ begonnen. Bis Jahresende sollen die entsprechenden vertraglichen Regelungen unter Dach und Fach sein. Eine außerordentliche Hauptversammlung der Alstom-Aktionäre soll Ende des Jahr seine Zustimmung zu dem Deal geben. Die Zustimmung der europäischen Kartellbehörde mit kleineren Auflagen gilt als sicher.

„Diktatur der Zahlen“

Für die kampferprobte Belegschaft in Käfertal wird mit GE ein neues Zeitalter beginnen. Nach den „Kopien“ ABB und Alstom kommt nun das

Original GE – der Erfinder der „Diktatur der Zahlen“.

Die zuständige Gewerkschaft IG Metall und der Konzernbetriebsrat von Alstom kritisieren, dass sie in die laufenden Gespräche zur Übernahme der Alstom-Kraftwerkssparte durch den GE-Konzern nicht ausreichend eingebunden seien. In einer Presserklärung heißt es: „Wir fordern eine sofortige Beteiligung der Arbeitnehmervertreter auf europäischer und nationaler Ebene.“

Offensichtlich erwartet die Interessenvertretung der Alstom-KollegInnen harte Konflikte, denn es sei „absehbar, dass sich erhebliche Veränderungen in den Arbeitsbedingungen und Arbeitszusammenhängen für nahezu alle Beschäftigten in Deutschland ergeben“.

Neben der Beteiligung an den Verhandlungen zwischen Alstom und GE

fordern Konzernbetriebsrat und IG Metall deshalb unter anderem einen weitreichenden Kündigungsschutz, Standort-Garantien und eine Aussetzung der noch vom Alstom-Management angekündigten Restrukturierungen.

Die Zeit läuft, um sich gegen die kommenden Angriffe zu wappnen ... ■



Frauen-Kurzmeldungen

Der kleine Unterschied und seine großen Folgen Spanien

Auch beim profanen Gelderwerb ist er zu sehen. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung DIW erzielten 27,5 Millionen männliche Berufstätige ein Bruttoeinkommen von 920 Millionen Euro, 26,8 Millionen Kolleginnen nur 436 Millionen (2007, neuere Zahlen sind nicht vorhanden). Zur Lohngruppe der 10.000 bis 15.000 Euro Verdienenden zählen 1,8 Millionen Männer und 2,7 Millionen Frauen, zur Lohngruppe der 200.000 bis 500.000 Euro Verdienenden 188.000 Männer, aber nur 29.000 Frauen. Bei Einkommen über 500.000 Euro stehen 46.000 Männern gerade einmal 7.000 Frauen gegenüber. Die Einkommen aus Firmengewinnen differieren noch deutlicher: Hier haben Frauen nur 27 % der Gewinne. Die höhere Lebenserwartung der Frauen verschafft ihnen bei den Einkommen aus Vermietung einen Gleichstand, Erbschaft lässt sie ein entsprechendes Einkommen erzielen. Interessanterweise tragen Frauen eine höhere steuerliche Belastung, beim Ehegattensplitting akzeptieren sie einen höheren Steuersatz. Das kann sich bei Lohnersatzleistungen negativ für sie auswirken.

Ob Kinder oder... Berlin

Zum „Marsch für das Leben“ haben sich am Samstag, dem 21. September etwa 5.000 Menschen aus ganz Deutschland in Berlin eingefunden. Die Teilnehmenden marschierten für den Schutz des Lebens „vom Anfang bis zum Ende“, gegen „Abtreibung und Sterbehilfe“. Ein wenig bigott erscheinen die weißen Kreuzchen, die zum Gedenken an die Ungeborenen getragen werden schon, aber selbst Papst Franziskus hat „herzliche Grüße“ an die Teilnehmenden geschickt.

Wenn mensch sich gegen diese „Lebensschützer“ wendet, ist er/sie ja nicht für Abtreibung, sondern für das Recht, selbst zu entscheiden. Frauen haben sich dieses Recht zu allen Zeiten genommen, sei es legal oder illegal. Und bei einer illegalen Abtreibung ist das Risiko, dabei zu Grunde zu gehen, allemal größer. Wenn mit dem Wachsen der Erwerbslosenzahlen die Geburtenzahlen bei den 20- bis 25-jährigen zurückgehen, sollte mensch sich vielleicht etwas anders überlegen, um den Kindersegen zu ermöglichen.

Bundesrepublik

Auch die erfolgreiche Parteigründung Alternative für Deutschland (AfD) möchte nicht nur Gendermainstreaming abschaffen (wer hat das eigentlich „angeschafft“?), sondern auch für jede Frau zwei bis drei Kinder: so Frauke Petry, Spitzenkandidatin in Thüringen.

Sie spricht sich auch für ein Volksbegehren für die Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung aus. Die ganze Genderforschung ist des Teufels und schon gar die Respektierung der Grundrechte für Homo- und Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle. Heide Oestreich nennt die AfD einfach eine Männerpartei.

Hier hat die konservative Regierung der Partido Popular (PP) eine Verschärfung der Abtreibungsgesetze vorbereitet. Die geltende liberalere Gesetzgebung hatte die Regeln der Francozeit abgelöst. Es kam zu heftigen Protesten gegen dieses Vorhaben. Nun sieht es so aus, als zöge die Regierung ihr Vorhaben erst einmal zurück, um sich ganz dem Kampf gegen die Abstammung zur Unabhängigkeit in Katalonien widmen zu können. Jetzt kommt die Einsicht: „Wir können kein Gesetz machen, das sofort geändert wird, sobald eine andere Regierung an die Macht kommt“, so Regierungschef Rajoy.

Prostitution

Über eine neue Gesetzgebung in der Frage der Prostitution wird schon seit einiger Zeit debattiert, mit sehr weit auseinanderfallenden Meinungen. Von einem Kontaktverbot mit Bestrafung der Freier bis zur freien Sexarbeit reichen die Vorschläge. Eine gewisse Regulierung wird wohl Platz greifen. Bordelle sollen genehmigt werden, Angebote wie Flatrate-Sex verboten sein, Prostituierte sollen sich anmelden müssen. Dabei würden sie sich outen, was z.B. Dona Carmen, ein Verein für die Rechte von Prostituierten, ablehnt, weil es diskriminierend ist. Eine regelmäßige Pflichtuntersuchung lehnt selbst die Frauen- und Familienministerin Manuela Schwesig ab. Solange Sexarbeit legal ist, und ihre Illegalisierung kann mensch sich wohl kaum wünschen, ist es auch nicht sinnvoll, die Nachfrage zu illegalisieren und die Freier zu bestrafen.

Ein ungelöstes Problem bleibt die Zwangsprostitution, die betroffenen Frauen sind nicht handlungsfähig. Und dass Freier den Zwang erkennen und fair handeln, ist in keiner Weise erwartbar.

Eine befremdliche Variante der Ausübung der Sexarbeit ist die Aufstellung von Verrichtungsboxen, etwas nüchtern in Bonn, fröhlich farbig in der Schweiz – Beispiel Altstetten. Die Arbeit in den Boxen ist „stadtverträglich“ und auch „menschwürdig“. Die Sexarbeiterinnen lösen ein Tagesbillet und bekommen dafür Raum und Sicherheit. Damit soll der Straßenstrich vom Züricher Hauptbahnhof und der Langstraße abgeleitet werden. Über Hilfen wird wenig gesagt.

Und zum Schluss etwas Positives

Da freut sich frau, wenn sie von einer „Revolution in der Kittelschürze“ liest! Hausangestellte in Bolivien haben sich in einer Gewerkschaft organisiert. Sie kämpfen für geregelte Arbeitszeiten, einen freien Sonntag und für höheren Lohn, denn ihr Lohn liegt unterhalb des Mindestlohnes. Da sie häufig im Wohnbereich der „Arbeitgebenden“ (hier ist die Bezeichnung besonders makaber) einquartiert sind, ist ihre Verfügbarkeit kaum begrenzt. Der erkämpfte freie Tag wird oft zur Weiterbildung, zum Schulbesuch genutzt. Die Arbeitskämpfe der Frauen haben zur Konvention 189 „menschwürdige Arbeit für Hausangestellte“ der International Labour Organization (ILO) geführt, die in bolivianisches Recht überführt werden soll. ■

BARBARA SCHULZ

★★★

die internationale
theorie

Ernest Mandel
Lenin und das Problem des
proletarischen Klassenbewusstseins

Bestellungen an:
buero@rsb4.de

je Exemplar 2,00 Euro,
bei Sammelbestellungen ab
5 Exemplaren je 1,50 Euro,
jeweils zzgl.
Versandkosten

Internationale Theorie Nr. 5

Ernest Mandel: Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewusstseins

1970, als dieser Aufsatz erstmals veröffentlicht wurde, wurde innerhalb der radikalen Linken leidenschaftlich und kontrovers die „Organisationsdebatte“ geführt. Die Frage nach revolutionärer Theorie und Praxis wurde überall gestellt und von DKP bis RAF unterschiedlich beantwortet.

Der Aufsatz war Mandels Antwort auf das Verschwinden der 68er Studentenbewegung, einer spontanen Massenbewegung, und der gleichzeitigen hitzigen Suche tausender junger Menschen nach der schnellen revolutionären Lösung und der einzig richtigen revolutionären Partei.

Auch heute steht für Teile der Linken die Organisationsfrage wieder auf der Tagesordnung. Was liegt näher, als auf die Parteikonzeption zurückzugreifen, die die ArbeiterInnenbewegung in der Zeit der großen Strukturkrise des Kapitalismus hervorbrachte, die zum ersten Weltkrieg führte – einer Zeit des politischen Verrats und des opportunistischen Niedergangs der großen sozialdemokratischen Parteien:

Die Konzeption der revolutionären, demokratisch-zentralistischen Kaderpartei, wie sie von Lenin theoretisch entwickelt und von den Parteien der Kommunistischen Internationale ab 1919 praktisch umgesetzt wurde.

CM 5.00 Heft 5

RSB-Frauentreffen in Oberhausen am 13./14. September 2014

Frauenrechte wieder mehr in den Fokus rücken!

Im September trafen wir uns, wie beim ersten Treffen im Januar vereinbart, zum halbjährlichen Frauentreffen in Oberhausen. Erfreulicherweise waren diesmal auch befreundete Genossinnen dabei.

C.B./P.S.

Unser Treffen war von Vielfalt geprägt. Die Frauen kamen aus diversen Städten der BRD, aus unterschiedlichen politischen Richtungen und gehörten verschiedenen Generationen an. Somit gab es bei den Teilnehmerinnen deutliche Unterschiede hinsichtlich ihrer Sozialisation wie auch ihrer persönlichen und politischen Erfahrungen.

Manche waren bei der zweiten Welle der Frauenbewegung mit dabei, die anderen nur noch bei ihren Ausläufern. Während die einen die bewegte Zeit der 1960er Jahre miterlebt hatten, war die politische Aktivität der anderen geprägt vom Eindruck des Niedergangs der radikalen Linken und dem von den Herrschenden proklamierten „Ende der Geschichte“ in den 1990er Jahren.

Ausgangspunkt der Diskussion war: „Warum ist es wichtig, sich als Frauen auch eigenständig zu organisieren?“ Wir fragten uns, wie hier eine positive Veränderung angestoßen werden kann, damit sich mehr Frauen dem RSB anschließen und sich in der Organisation heimisch fühlen können.

Als Erstes kann dies nur geschehen, wenn Frauen selbst aktiv werden, sich nicht nach hinten drängen lassen und die Gleichberechtigung und das Gehör für ihre Themenschwerpunkte konsequent einfordern. Im weiteren Schritt ist es wichtig, der Themen- und Meinungsvielfalt in unserer Organisation mehr Raum zu geben und diese zu respektieren.

Angewandte FeministInnen – Männer und auch Frauen, die sich willkürlich selbst zu FeministInnen hochstilisieren – stellen für das Fortkommen des Feminismus und seiner Ziele im Allgemeinen, aber auch bei uns, ein großes Problem dar. Gegen eine solche Vereinnahmung müssen wir uns immer wieder konstruktiv zu Wehr setzen.

Erschreckend ist der festgestellte gesellschaftliche Rollback zu traditionellen Werten, die zunehmend wieder propagiert und als Ideal verkündet werden. In der BRD bereits Erreichtes, wie zum Beispiel Quotenregelungen, Gender Mainstreaming

und das in Ansätzen vorhandene Selbstbestimmungsrecht von Frauen über den eigenen Körper, wird auf vielen Ebenen zurückgedrängt und ist auf einmal nicht mehr selbstverständlich. Das Bewusstsein von Frauenunterdrückung ist, auch in linken Organisationen, merklich zurückgegangen.

Ein Beispiel: Mit der Einführung

kraft der Geschlechter. Je höher die berufliche Qualifikation ist, um so mehr nehmen auch die Lohnunterschiede zu. Auch die geringere Entlohnung ist ein Grund dafür, dass vornehmlich Frauen für die unbezahlte Familienarbeit zuständig sind. Wir diskutierten über die Veränderungen in der Arbeitswelt, wie wachsende Prekarisierung und Arbeitsver-

burg stattgefunden hat (siehe www.kongress-azv2014.de). Hier war sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, wie vielschichtig das Thema „radikale Arbeitszeitverkürzung“ ist und welches Potential für die Organisation von Widerstand diese Forderung hat. In diesem Zusammenhang stellte eine andere Teilnehmerin die „Vier-in-einem-Perspektive“ von Frigga Haug vor (siehe www.vier-in-einem.de). Frigga Haug schlägt eine grundlegende Veränderung von Arbeitsteilung vor, bei der sich alle Menschen in den vier Bereichen menschlicher Tätigkeit engagieren: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Kultur und Politik. Hierbei trat die Bedeutung von Solidarität, und was Solidarität für uns praktisch bedeutet in den Vordergrund. Hier gab es unterschiedliche Sichtweisen, welche Erwartungen an andere gestellt werden können bzw. sollen. Dies soll zukünftig noch genauer unter die Lupe genommen werden.

Wir waren uns in der Einschätzung einig, dass jede politische Frage auch Auswirkungen auf Frauen hat und darum ein „Frauenthema“ ist. Darum müssen sich alle tatsächlich fortschrittlichen Kräfte mit „Frauenthemen“ auseinandersetzen und Frauen in ihrem Kampf um ihre Rechte unterstützen. Übereinstimmend stellten wir fest, dass bei aller Unterschiedlichkeit des politischen Hintergrundes und der persönlichen Erfahrungen unsere Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung, die Formulierung der anstehenden politischen Aufgaben und die Vorstellungen von einer wirksamen Frauenbewegung recht ähnlich sind.

Das nächste RSB-Frauentreffen ist in einem halben Jahr geplant. In der Zwischenzeit werden wir uns in unserem jeweiligen politischen und gewerkschaftlichen Umfeld verstärkt für das Voranbringen der momentan gering agierenden Frauenbewegung einsetzen, um die Gleichberechtigung und Wertschätzung der Arbeit von Frauen wieder in den Fokus zu rücken. Wir werden gemeinsam dran bleiben! ■



Grafik: <http://www.iire.org>

des Betreuungsgeldes wird die Frau zurück ins traditionelle Rollenmuster gedrängt. Die „Reproduktionsarbeit“ wird nicht nur immer noch, sondern sogar verstärkt den Frauen zugeordnet. Die Möglichkeit, vom Partner wirtschaftlich unabhängig zu sein, in die Sozialkassen einzubezahlen und Rentenansprüche zu erwerben, nimmt entsprechend ab. Altersarmut und die Armut bei der Trennung vom Partner, so wie eine massive Schädigung des Sozialsystems sind die Folge.

Nach wie vor gibt es eine erhebliche Lücke zwischen Frauen- und Männerlöhnen (derzeit ca. 23 % vom Durchschnittslohn) und eine unterschiedliche Bewertung der Arbeits-

dichtung, ebenso wie über die damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren für Frauen.

Auch das zunehmende Mobbing gegen engagierte GewerkschafterInnen war Gegenstand der Diskussion. Da Frauen einen eher kooperativen Stil im Miteinander pflegen und dies auch bei der Arbeit tun, suchen sie schneller die Fehler bei sich, als an Mobbing oder Bossing zu denken. Dies macht es den oft patriarchalischen Führungen besonders leicht, sie zum Opfer zu machen. Hier bedarf es der Aufklärung von Frauen.

Zur Frage der Umverteilung von Arbeitszeit berichtete eine Teilnehmerin von der Konferenz „Arbeitszeitverkürzung jetzt!“, die in Ham-

Tagung in Mannheim am 29.11.2014: Unsere Gesundheit ist mehr wert als ihre Profite!

H.N.

Fast märchenhaft und utopisch mutet heutzutage die Definition von Gesundheit an, die die Weltgesundheitsorganisation 1946 formulierte: „Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“ Welcher Mensch kann heute schon sagen, dass er in diesem Sinne gesund sei?

Fehlentwicklungen

Insbesondere in der Arbeitswelt sind seit langem katastrophale Fehlentwicklungen festzustellen. Das bemerkte sogar der klassenkämpferischen Neigungen völlig unverdächtige Deutsche Ärztetag vor mehr als zwei Jahren.

Chronische Überforderung, so die Mediziner-Tagung, führten zu psychischen und psychosomatischen Krankheiten (Depressionen, Angststörungen, Rückenschmerzen, Tinnitus oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen).

Zu den krankmachenden Arbeitsbedingungen gehörten unter anderem Zeit- und Leistungsdruck, Stress durch ständige Erreichbarkeit über Handy und E-Mail, Angst vor Arbeitsplatzverlust, ungenügende Erholungsmöglichkeiten oder Mobbing.

Die Schlussfolgerung des Ärzte-tags war eindeutig: „Die Arbeitswelt muss sich wieder den Menschen anpassen, statt vorrangig Renditeerwartungen zu erfüllen.“ (*Mannheimer Morgen* vom 07.06.2012.)

Zahlen

Es ist unbestreitbar, dass die bundesweiten Fehlzeiten aufgrund arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen geradezu explodieren. Seit 1999

Alte Erkenntnis:

„In der einen Hälfte des Lebens opfern wir die Gesundheit, um Geld zu erwerben, in der anderen opfern wir Geld, um die Gesundheit wieder zu erlangen. Und während dieser Zeit gehen Gesundheit und Leben von dannen.“

(*Voltaire, französischer Schriftsteller und Denker, 1694 -1778.*)

beträgt der Anstieg über 80 %. Diese Entwicklung bewirkt enormes Leid für die Betroffenen und ihre Angehörigen, – und sie ist teuer. Allein für die Gesetzlichen Krankenversicherungen verursacht sie direkte Kosten von rund 17 Milliarden Euro pro Jahr.

In der Europäischen Union werden die Kosten arbeitsbedingter psychosozialer Risiken auf rund 270

Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Ursachen

Verantwortlich hierfür ist der Kapitalismus im Allgemeinen und seine Entwicklung in den letzten 40 Jahren im Besonderen. Der Bereich der Finanzspekulation ist von den Herrschenden zum Maßstab für kurzfristig durchzusetzende maximale Profitsteigerungen auch in der „Realwirtschaft“ gemacht worden.

Vor allem Großkonzerne als entscheidende Faktoren ökonomischer Macht treiben die „Globalisierung“ und eine ständige Beschleunigung der Standortkonkurrenz voran. Dadurch verschärft sich die „Diktatur der Zahlen“ in zunehmend mehr Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Gleichzeitig verstärkt dies den Druck auf die Prekarisierung und Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen. Taylorismus und Toyotismus feiern in Produktionshallen und Büros ihr Wiederaufleben.

In der Folge nehmen auch wieder physische arbeitsbedingte Erkrankungen zu. Skandalöserweise wird derzeit nur jede fünfte Anzeige einer Berufskrankheit von den Berufsgenossenschaften anerkannt. Zudem bleibt die Dunkelziffer der berufsbedingten Erkrankungen erschreckend hoch.

Handeln

GewerkschafterInnen und Linke sollten sich mehr als bisher mit diesem weiten und besonders wichtigen Themenfeld auseinandersetzen und aktiv werden. Wir laden deshalb (nicht nur) in Betrieb und Gewerkschaft Aktive zur Tagung „Unsere Gesundheit ist mehr wert als ihre Profite“ ein. Sie findet am Samstag, den 29. November 2014, in Mannheim statt. ■

Aus dem Programm unserer Tagung (SA, 29.11.2014):

- Macht Kapitalismus krank?
- Berufskrankheiten – kein Skandal?
- Stress, Burnout & Co. – Modeerscheinungen?
- Hilft das Arbeitsschutzgesetz?
- Was tun?

Beginn: 13.30 Uhr.

Ende: 19.00 Uhr

Infos und Anmeldung:

RSB Rhein-Neckar,
Postfach 10 26 10,
68026 Mannheim
Tel./Fax: 0621/156 40 46
Email: rhein-neckar@rsb4.de

RSB/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

RSB Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: rhein-neckar@rsb4.de



V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim

TERMINE (weitere Infos beim RSB Rhein-Neckar)

- 09.10.2014, 18.00 UHR, GRUNDSCHULUNG 1
- 11.10.2014, 12.30 UHR, SCHLOSS, DEMO GEGEN TTIP
- 11.10.2014, 14.00 UHR, GEWERKSCHAFTSHAUS, KONFERENZ GEGEN BR-MOBGING
- 16.10.2014, 18.00 UHR, GRUNDSCHULUNG 2
- 23.10.2014, 18.00 UHR, GRUNDSCHULUNG 3
- 24.10.2014, 19.00 UHR, DISKUSSIONSABEND ZU AKTUELLEM THEMA
- 30.10.2014, 18.00 UHR, GRUNDSCHULUNG 4